



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,*

diese Woche hat es in der Koalition etwas gerumpelt. Die FDP hält viele Vorhaben an und verzögert so deren inhaltliche Diskussion bzw. Wirkung. Als Abgeordnete kann man dies nicht beeinflussen, da müssen die Fraktions- und Parteivorsitzenden die Köpfe zusammen stecken und nach Kompromissen suchen. So funktioniert das nun einmal in einer Demokratie und ich bin überzeugt, dass unsere Vorsitzenden gut verhandeln und Lösungen finden. Das normale Parlamentsgeschehen läuft derzeit weiter. Auch hier wird um die besten Ansätze gerungen und wie ich finde mit guten Ergebnissen. Worum es dabei geht, lest ihr im Folgenden.

Sportpolitischer Austausch

Wie ihr wisst, bin ich neben meiner Tätigkeit im Wirtschaftsausschuss sportpolitische Sprecherin der Fraktion. In dieser Funktion ist mir wichtig, alle Akteur:innen zu beteiligen. Daher habe ich zum sportpolitischen Frühstück Vertreter:innen von Sportverbänden auf Bundes- und Landesebene eingeladen. Auch unsere Sportministerin Nancy Faeser war mit dabei. Es war ein gelungener Austausch, bei dem wir die ca. 120 Teilnehmer:innen über anstehende Reformen informierten.

Dazu gehört ein Sportfördergesetz, mit dem wir unser Spitzensportsystem effizienter ausrichten. Im Bereich Breitensport ist Ehrenamt das große Thema: Denn nach Corona erfahren viele Vereine wieder einen regen Zulauf an Mitgliedern, allerdings fehlen oftmals die ehrenamtlichen Übungsleiter:innen und Vorstände. Aktuell arbeiten wir an Konzepten, wie wir wieder mehr Menschen für ein Ehrenamt begeistern können. Nancy und ihr Ministerium haben einen ambitionierten Zeitplan für die Umsetzung der Reformen: Ende diesen bzw. Anfang nächsten Jahres sollen die Strategiepläne stehen, die auch Maßnahmen zum Ehrenamt enthalten sollen.

Arzneimittelversorgung sicherstellen

Einige Medikamente, insbesondere Antibiotika, sind aufgrund von Lieferkettenproblemen und Rohstoffmangel knapp geworden. Hier müssen wir gegensteuern. Jede Apotheke sollte die wichtigsten und gängigsten Medikamente vorrätig haben bzw. schnell besorgen können. Daher stärken wir die Gesundheitsversorgung mit strukturellen Maßnahmen:

- Wir erhöhen die Verfügbarkeit von Kinderarzneimitteln: Festbeträge und Rabattverträge mit den Krankenkassen für bestimmte Medikamente werden abgeschafft. Dadurch können Apotheken wirkstoffgleiche Medikamente unterschiedlicher Hersteller herausgeben. Zudem dürfen Pharmaunternehmen ihre Preise einmalig erhöhen und haben so einen Anreiz, mehr zu produzieren.
- Wir stärken die Produktion in der EU: Antibiotika und andere wichtige Medikamente, die hier produziert werden, müssen bei Ausschreibungen stärker berücksichtigt werden.
- Wir sorgen für mehr Spielraum in der Beschaffung: Sind Arzneimittel nicht verfügbar, dürfen Apotheken wirkstoffgleiche Arzneimittel einfacher austauschen und erhalten dafür einen Zuschlag. Damit sich Lieferungen von versorgungskritischen Arzneimitteln nach Deutschland mehr lohnen, dürfen Anbieter auch höhere Preise verlangen. Die Krankenkassen übernehmen die Mehrkosten.
- Wir sorgen für mehr Vorräte: Eine verbindliche, dreimonatige Lagerhaltung von rabattierten Arzneimitteln wird vorgeschrieben. Die Lagerbestände für Medikamente, die injiziert werden, und für Antibiotika zur intensivmedizinischen Versorgung werden erhöht. Der finanzielle Anreiz für Forschung und Entwicklung von neuen Reserveantibiotika wird verstärkt.
- Wir errichten ein Frühwarnsystem zur Erkennung von drohenden Lieferengpässen.

Migrationenpolitik anpassen

Viele Menschen suchen bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung. Zur Aufnahme der Betroffenen verpflichten uns die Genfer Flüchtlingskonvention und unser Grundgesetz. Doch die steigende Anzahl von Asylanträgen stellt Bund, Länder und Kommunen vor große Herausforderungen.

Die Opposition versucht gerade, das parteipolitisch für sich auszunutzen und schreit nach mehr Abschiebungen. So einfach ist das aber nicht – weder gesetzlich noch in der Umsetzung. Die Mehrheit der Geflüchteten kommt aus der Ukraine, Syrien, Afghanistan, also aus Kriegsgebieten. Es gibt aber auch Fälle, bei denen so gut wie keine Aussicht auf ein Bleiberecht in Deutschland besteht. Mit diesen Herkunftsländern versuchen wir Abkommen abzuschließen, damit sie ihre Staatsbürger:innen wieder aufnehmen.

Auf dem Integrationsgipfel Anfang Mai wurde zudem vereinbart, dass Asylverfahren schneller und einfacher, die Zuständigkeit der Bundespolizei ausgeweitet und der Informationsaustausch zwischen Justiz- und Ausländerbehörden verbessert werden sollen. Für die Versorgung von Geflüchteten unterstützt der Bund die Länder in diesem Jahr mit einer zusätzlichen Milliarde Euro. 2,75 Milliarden Euro waren bereits zugesagt. Seit 2015 trägt der Bund die Kosten für die Unterbringung und Versorgung für Flüchtlinge, für die eigentlich Länder und Kommunen allein zuständig sind.

Ausblick auf den Haushalt 2024

Die aktuelle Steuerschätzung zeigt, dass die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen deutlich geringer ausfallen werden, als erwartet. Der Bund wird im kommenden Jahr voraussichtlich 30 Milliarden Euro weniger zur Verfügung haben. Grund dafür ist, dass die Wirtschaft nicht wächst. Zudem sind Gesetze in Kraft getreten, mit denen die Auswirkungen der Inflation für die Steuerzahler:innen abgemildert werden. Das heißt: Die Bürger:innen haben am Ende des Monats mehr Geld und der Bund insgesamt weniger.

Für den kommenden Haushalt 2024 bedeutet das: sparen! Schon jetzt fehlen ca. 20 Milliarden Euro, um die geplanten Vorhaben umzusetzen. Für uns sind besonders die Kindergrundsicherung und eine verbesserte Pflege wichtig. Jedes Ressort muss nun prüfen, wo gekürzt werden kann. Wenn es nach der SPD gehen würde, ließe sich auch über neue Einnahmequellen, wie eine Vermögenssteuer oder eine angepasste Erbschaftssteuer, nachdenken. Aber mit der FDP ist das zurzeit leider nicht zu machen. Daher werden die Haushaltsberatungen hart werden und an der einen oder anderen Stelle wehtun.

Mehr Entlastung für pflegende Angehörige

Aufgrund der demografischen Entwicklung und des damit einhergehenden Fachkräftemangels müssen wir Pflege grundsätzlich neu denken. Aktuell gehen wir den Ausbau von Unterstützungsmaßnahmen vor Ort und die stärkere finanzielle Unterstützung von pflegenden Angehörigen an. Geplant ist, Pflegegeld und Sachleistungen ab 2024 jeweils um fünf Prozent zu erhöhen. 2025 werden diese Leistungen dann um 4,5 Prozent steigen, ab 2028 entsprechend der Inflation. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld künftig länger, nämlich jedes Jahr bis zu zehn Arbeitstage, in Anspruch nehmen. Ab dem 1. Juli 2025 wird zudem ein zusammengelegter Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege eingeführt. Mit dem neuen Entlastungsbudget können Pflegende Leistungen flexibler nutzen. Außerdem begrenzen wir die Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Einrichtungen.

Um die Kosten zu schultern und die Pflegeversicherung zu stabilisieren, steigt ab Juli 2023 der Beitragsatz von derzeit 3,05 auf 3,4 Prozent des Bruttolohns. Familien zahlen zukünftig jedoch weniger: Ab zwei Kindern wird der Beitrag bis zum 25. Lebensjahr um 0,25 Punkte je Kind abgesenkt. Kinderlose zahlen einen Zuschlag von 0,6 und somit insgesamt 4 Prozent des Bruttolohns.

Jetzt geht es für mich wieder nach Hause, natürlich auch um am Samstag mit dem BVB mitzufiebern. Ich hoffe, wir können dann am Sonntag unseren deutschen Meister am Borsigplatz feiern.

In der nächsten Woche besuche ich dann die Stadtwerke, den OV Scharnhorst, bin beim 5-Jährigen Bestehen des BierCafé West, bin bei meinem Kollegen in Oberhausen als Sportexpertin eingeladen und und und... Dabei freue ich mich auf jeden Termin, denn die Themen sind immer unterschiedlich und ich genieße den Austausch mit den Interessierten.

Euch allen schöne Pfingsten!

Eure

Sabine